

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Walter Kaczmarczyk (Die Linkspartei.PDS)

vom 26. Januar 2006 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Januar 2006) und **Antwort**

Aufgabe von Sportstandorten in der Chausseestraße

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Der sportlichen Nutzung gewidmete Sportflächen welcher Größe, Art und Lage sind durch die vorgesehene Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) Chausseestraße West (Mitte) betroffen?

Zu 1.: Der ehemalige Sportstandort des Stadions der Weltjugend an der Chausseestraße umfasst eine Liegenschaft von rund 13 ha. Das Gelände, das sich in den 90er Jahren im Fachvermögen der für den Sport zuständigen Senatsverwaltung befand, wurde ab 1992 für den Bau einer im Zuge der Olympiabewerbung geplanten Mehrzweckarena abgeräumt.

Lediglich die Sporthalle der Humboldt-Universität blieb zunächst stehen, da man eine möglichst lange Restnutzungsdauer beabsichtigte.

Für alle zum Zeitpunkt des Abrisses vorhandenen Sportnutzungen - einschließlich der HU-Sporthalle - wurden 1993 / 1994 die nach § 7 Abs. 2 des Sportförderungsgesetzes (in der damals gültigen Fassung) erforderlichen Ersatzangebote geschaffen.

In den Folgejahren änderten sich die städtebaulichen Zielsetzungen mehrfach. Die Brachfläche wurde zunächst in die Verwaltung des Bezirks, später in das Portfolio des Liegenschaftsfonds übertragen.

Die noch in der Zuständigkeit des Senats begonnene sportliche Zwischennutzung der Brachfläche wurde kontinuierlich fortgesetzt und endet erst 2006 mit dem Beginn des Bauvorhabens des Bundesnachrichtendienstes durch den neuen Eigentümer Bund.

Mit der FNP-Änderung werden parallel zu dem verbindlichen Bebauungsplan die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Bauvorhabens des Bundesnachrichtendienstes geschaffen.

2. In welcher Größenordnung sind durch die FNP-Änderung Angebote welcher gemeinnützigen Sportvereine betroffen?

3. In welcher Größenordnung sind durch die FNP-Änderung kommerzielle Sportangebote betroffen?

Zu 2. und 3.: Von den temporären Sportanlagen, die im Laufe der Jahre auf dem Gelände z.T. sehr erfolgreich dazu beigetragen haben, die Berliner Sportlandschaft zu beleben, sind von der flächenmäßigen Ausdehnung, aber auch von der Attraktivität der Nutzung

- die Golfübungsanlage („Golfzentrum Berlin-Mitte“ mit Driving Range und weiteren Übungsanlagen) und
- die Beachvolleyballanlage („Beach Mitte“ 36 Plätze z.T. mit Flutlicht)

hervorzuheben.

In beiden Fällen wurde vor allem durch Privatinitiative ein neues Sportangebot kreiert, das es in dieser Form vorher in Berlin nicht gab.

Die Betriebsform basierte auf einer jedermann offenstehenden Nutzung gegen Entgelt, aber es gab auch Kooperationen mit dem gemeinnützigen Vereinssport und mit dem Schulsport.

Die HU-Sporthalle blieb auch nach der Verlagerung der Sportlehrerausbildung in die Ersatzhalle im Sportforum Hohenschönhausen einvernehmlich stehen und wurde in der Folgezeit vor allem durch den Hochschulsport genutzt. Auch die Sportarbeitsgemeinschaft Berlin-Mitte hat bisher ihren Sitz im Gebäude. Der Universität wurde schriftlich mitgeteilt, dass die zusätzliche Nutzungsmöglichkeit spätestens unmittelbar vor der Neubebauung des Geländes enden würde.

4. Wann ist jeweils die Beendigung der Sportnutzung vorgesehen?

Zu 4.: Der Liegenschaftsfonds, der verpflichtet ist, die Flächen frei von Nutzungen zu übergeben, hat die Kündigungen jeweils zum 28. Februar 2006 ausgesprochen. Da die Golf- und die Beachvolleyballflächen über keine festen Bauten verfügen, deren Abriss Zeit kosten würde, ist den Betreibern signalisiert worden, dass eine Nutzung über den Kündigungstermin hinaus bis zur Inanspruchnahme durch den Bund möglich sein wird.

5. Welche Vorstellungen gibt es seitens des Senats für die Bereitstellung von Ersatzflächen und Ersatzbauten für den Sport?

6. Wo und wann werden die Ersatzstandorte dem Sport zur Verfügung stehen?

Zu 5. und 6.: Einen Rechtsanspruch auf Ersatz gibt es hier nicht. Die Nutzungen wurden von vornherein als temporäre Angebote konzipiert und die Verträge wurden jeweils befristet.

Auch die Nutzung durch die Humboldt-Universität war nur noch bis zur Inanspruchnahme des Grundstücks geduldet.

Der Senat ist daran interessiert, dass geeignete brachliegende Grundstücke bis zur bestimmungsgemäßen Inanspruchnahme auch für sportliche Zwecke genutzt werden können und wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für derartige Projekte einsetzen. So sind z.B. auf bahniegenem Gelände am Gleisdreieck ein neuer Golfübungsplatz und eine Beachvolleyballanlage entstanden, die bis zur Inanspruchnahme durch den geplanten öffentlichen Park der Öffentlichkeit gegen Entgelt zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus besteht im Bezirk Mitte die Absicht, den Beachvolleyballern am Nordbahnhof ggf. eine neue Fläche anzubieten.

Nach Abriss der Sporthalle wird die Unterbringung der Hochschulsportgruppen die schwierigste Aufgabe sein. Mangels eigener Hallenkapazitäten der Universität wird der Hochschulsport auf die Vergabe von Nutzungszeiten in den öffentlichen Sporthallen angewiesen sein.

7. Inwieweit sind die bisherigen Nutzerinnen und Nutzer der aufzugebenden Sportstandorte sowie der Bezirk Mitte in die Planungen für Ersatzstandorte einbezogen?

8. Mit welchen finanziellen Aufwendungen rechnet der Senat für die Bereitstellung von Ersatzflächen und Ersatzbauten für den Sport und wer wird diese tragen?

Zu 7. und 8.: Entfällt, da für die zeitlich befristeten Zwischennutzungen keine konkreten Ersatzstandorte geplant werden. Sofern der Bezirk Mitte im Rahmen seiner Standortplanung für die Flächen am Nordbahnhof ggf. „Beach Mitte“ einbezieht, sind eventuelle öffentliche Aufwendungen im Rahmen der Investitionsplanung durch den Bezirk zu tragen.

Die Humboldt-Universität war in die Planung der Lilli Henoch Sporthalle (Sportforum Hohenschönhausen) als Ersatz für die Sporthalle Chausseestraße von Anfang an einbezogen. Die Lilli Henoch Sporthalle wurde 1995 für rund 18 Mio. DM fertiggestellt.

Berlin, den 12. Februar 2006

Klaus Böger
Senator für Bildung, Jugend und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Februar 2006)